

## Beschlüsse der BAG Frieden & Internationales

# Änderungsanträge zum Wahlprogramm

### **A16** Nachbarschaft und Partnerschaft mit den Staaten Afrikas

*[Globalalternative zum Afrikaabschnitt, dieser Antrag wurde in Absprache verfasst und wird wortgleich in der BAG Globale Entwicklung eingereicht]*

Die afrikanischen Staaten und Europa sind regional wie historisch eng verbunden. Deutsche und EU-Afrikapolitik muss sich von kolonialen und patriarchalen Denkmustern freimachen und gleichzeitig die europäische Verantwortung gegenüber dem Kontinent sowie die Interessen der afrikanischen Partnerländer und -organisationen ernst nehmen. Wir blicken differenziert auf den afrikanischen Kontinent und berücksichtigen die Unterschiede zwischen den afrikanischen Regionen ebenso wie die Besonderheiten innerhalb der jeweiligen Regionen. Die kontinentale Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika sollte sich auf konsequenten Klimaschutz, Digitalisierung, Technologietransfer und zivile Krisenprävention fokussieren, muss ungerechte Strukturen abbauen und mit ausreichenden finanziellen Mitteln unterfüttert werden. Deutschland sollte im Rahmen der EU eine außen-, entwicklungs-, sicherheits- und wirtschaftspolitisch aktivere Rolle in Afrika spielen. Wir wollen gezielt Investitionen fördern, die die sozial-ökologische Transformation in afrikanischen Ländern unterstützen. Auf Basis einer gemeinsamen, globalen Verantwortung für Frieden, nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit wollen wir neben der staatlichen Zusammenarbeit auch mehr mit den afrikanischen Zivilgesellschaften zusammenarbeiten. Häufig von jungen Menschen getragene soziale Bewegungen, die sich für Menschenrechte und eine bessere Regierungsführung in ihren Ländern einsetzen, haben unsere Solidarität. Wir unterstützen nationale Dialogprozesse und gesellschaftliche Transformationen. Die Fortsetzung einer einseitigen Politik, die in weiten Teilen auf die Abwehr von Geflüchteten, unfairen Handelsbeziehungen und der Ausbeutung von Rohstoffen fußt, lehnen wir ab. Der Afrikanischen Union sowie den Regionalorganisationen stehen wir bei der Umsetzung ihrer Agenda 2063, der afrikanischen kontinentalen Freihandelszone und der regionalen Entwicklungs- und Friedensagenden nach Kräften zur Seite.

## A24NEU2 Internationale Politik feministisch gestalten

### Änderungsantrag zu 562-575

Wir gestalten unsere Außen-, Entwicklungs-, **Handels-** und Sicherheitspolitik feministisch. Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen **wie LSBTIQ\*-Personen** sind in besonderem Maße von Kriegen, Konflikten und Armut betroffen. Die Wahrung ihrer Rechte und ihrer Rolle als Gestalter\*innen in der internationalen Politik fördert Frieden, Entwicklung, Stabilität und Sicherheit. Es geht darum, die Perspektiven von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen zu stärken, zu schützen und bei allen bi- oder multilateralen Verhandlungen immer mindestens gleichberechtigt einzubeziehen. **Hierbei berücksichtigen wir ebenfalls sich überschneidende Formen der Benachteiligung.** Dazu braucht es auch Genderanalysen für einzelne Länderkontexte in regelmäßigen Abständen, **enge Zusammenarbeit mit feministischen Akteur\*innen in Deutschland und in Partnerländern, ihre nachhaltige finanzielle und politische Unterstützung, ~~und~~ bedarfsgerechte Strategien und Genderbudgeting.** Es gilt die Umsetzung der VN-~~Resolution~~**Agenda** 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ **innerhalb Deutschlands wie international** voranzutreiben, sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden einzudämmen, die reproduktiven Rechte von Frauen zu schützen und die Sicherheit und Partizipation von Frauen und Mädchen in der Prävention, bei der Transformation von Konflikten und in Stabilisierungsprozessen in den Fokus zu nehmen. **Gewaltfördernden Geschlechterbildern, die sich nachteilig auf Frieden, Sicherheit und Entwicklung auswirken, möchten wir entgegenwirken.**

## A50NEU Chinapolitik menschenrechtsorientiert gestalten

*Anpassung des Projekts „China“ (Z. 218-234)*

China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir ~~verlangen von China ein Ende seiner eklatanten~~ **verurteilen Chinas eklatante** Menschenrechtsverletzungen etwa in Xinjiang ~~und, Tibet und zunehmend auch~~ **oder** in Hongkong. **Deutschland sollte sich daher für eine Fact-Finding-Mission zu Xinjiang im Rahmen des VN-Menschenrechtsrats einsetzen und die Unterdrückung der Uighur\*innen als Völkerrechtsverbrechen bezeichnen. Das sogenannte Sicherheitsgesetz für Hongkong und die Änderung des Wahlrechts sind ein Angriff auf die Autonomie der Sonderverwaltungszone und das völkerrechtlich verbrieftes Prinzip „Ein Land – zwei Systeme“. Wir unterstützen die Demokratiebewegung in Hongkong und wollen auf zivilgesellschaftlicher Ebene den Austausch mit China intensivieren.** Es braucht ~~dennoch~~ einen konstruktiven Klima-Dialog mit China und wir streben gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen zur Bekämpfung der Klimakrise an. ~~Die~~ Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger\*innenrechten gehen. Wir halten uns an ~~Europas die~~ „Ein-China-Politik“ **der Europäischen Union** und betonen, dass ~~Chinas die~~ Vereinigung **mit Taiwan** nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf. Unsere Handelsbeziehungen ~~mit China~~ wollen wir nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen einzufordern, **sowie nachhaltige Wirtschaftskreisläufe international zu etablieren.** Wir erwarten, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert und ~~die jede Form von~~ Zwangsarbeit beendet. **Das ausgehandelte Investitionsabkommen der EU mit China ist für uns in dieser Form nicht zustimmungsfähig. Angesichts der Menschenrechtsverletzung – etwa in Xinjiang – wollen wir einen europäischen Mechanismus entwickeln, der Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt verwehrt.** ~~Das europäische Lieferkettengesetz muss angesichts der Menschenrechtsverletzung – etwa in Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt ebenso verwehren, wie es Unternehmen für ihre Produkte in Haftung nimmt.~~ Wir werden an einer engen europäischen und transatlantischen Koordinierung gegenüber China arbeiten, besonders auch in den Bereichen 5G-Ausbau und Schutz kritischer Infrastruktur.

## **A14NEU** Indo-Pazifik und Indien

*Nach Zeile 234 (China) entweder als eigenständigen Absatz oder direkt anschließend (dann Titel ändern) einfügen:*

### **Indo-Pazifik und Indien**

**Wir setzen uns für eine freie und offene indo-pazifische Region auf der Grundlage globaler Normen ein. Dies betrifft sowohl die friedliche Bearbeitung zwischenstaatlicher Konflikte als auch den Respekt für Rechtsstaatlichkeit, inklusive Gesellschaften und nachhaltige Entwicklung. Auf dieser Grundlage wollen wir mehr mit demokratischen Staaten in der Region zusammenarbeiten und die strategische Partnerschaft mit Indien zu Themen wie Klimaschutz, Multilateralismus, Start-ups, Digitalisierung und Wissenschaftsaustausch fortsetzen und den gesellschaftlichen Austausch stärken.**

## A52 WHO-Beobachterstatus für Taiwan

*Ergänze in Zeile 167*

[...] nicht versperren. **Deutschland soll sich gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten für die Einbindung und einen Beobachterstatus Taiwans in der WHO einsetzen, schon um die globale Pandemie-Bekämpfung besser zu koordinieren.**

## **A41** Zivilgesellschaftliche Arbeit zur Verfolgung von Kriegsverbrechen unterstützen

*Die vorgeschlagenen Änderungen beziehen sich auf den Absatz "Kriegsverbrecher\*innen zur Rechenschaft ziehen" ab Zeile 312.*

[...] International setzen wir uns für **eine langfristige finanzielle Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Vernetzung relevanter Akteure in diesem Bereich sowie für die – politische und finanzielle –** Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes und ~~des anderen~~ **Institutionen wie den** Mechanismus der Vereinten Nationen für die Untersuchung und Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien (IIIM) ein ~~– politisch wie finanziell~~. **Wir setzen uns dafür ein, dass alle Staaten dem Rom-Statut des Internationalen Strafgerichtshof beitreten.** [...]

*Globalalternative zum Abschnitt "Moderne Bundeswehr". Der Antrag wurde in der AG Bundeswehr beraten.*

Der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr müssen sich an den realen und strategisch bedeutsamen Herausforderungen für Sicherheit und Friedenssicherung orientieren und in ein gesamtstaatliches Handeln einfügen. Wir wollen die Bundeswehr entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell und materiell verlässlich und vorausschauend ausstatten, Prozesse entbürokratisieren sowie Strukturen optimieren. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner verlassen können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen können. Dazu gehört auch, dass unsere Streitkräfte zu jeder Zeit über ausreichende und optimale Ausrüstung verfügen müssen. Das Angebot für umfassende Betreuung und Unterstützung nach Einsätzen sowie insbesondere für Einsatzgeschädigte ist auszubauen und es ist ein Umfeld zu schaffen, in dem sich die Betroffenen angemessen wahrgenommen fühlen. Darüber hinaus ist die Bundeswehr so auszugestalten, dass sich die Vielfalt und Diversität der Gesellschaft auch in der Personalstruktur widerspiegelt und sich die Führung vermehrt auf die Stärken der Soldat\*innen und Zivilbeschäftigten fokussiert und ein wertschätzendes Klima sichert. Menschenfeindliche Ideologien und rechtsextremistisches Verhalten sind mit dem Auftrag der Bundeswehr und den Pflichten der Soldat\*innen in keiner Weise vereinbar. Daher werden wir dies konsequent verfolgen und mögliche Strukturen zerschlagen. Neben der umfassenden Aufklärung ist die Prävention entscheidend. Für eine wirksame Prävention und Auftragserfüllung sind eine praktizierte und weiterentwickelte Innere Führung, eine verantwortungsbewusste Personalgewinnung und die Stärkung zeitgemäßer, verbindlicher politischer und ethischer Bildung unabdingbar. Die Rekrutierung Minderjähriger sowie den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab und wollen die politische Bildung in Schulen, durch Stärkung ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, gleichberechtigt gestalten.

**A25NEU2** Mehr Öffentlichkeitsarbeit für die zivile Krisenprävention

**A27NEU** Beiträge zur zivilen Krisenprävention konkretisieren und Diplomatie für den Frieden stärken

*Der Änderungsantrag bezieht sich auf den Absatz: „Vorausschauend für den Frieden“ (Zeilen 544-561)*

~~Vorausschauend für den Frieden~~

**Vorrausschauend Kriege verhindern und Frieden fördern**

**Primat** ~~Unsere-unserer~~ Außen- und Sicherheitspolitik ~~zielt darauf ist es,~~ **Konflikte** ~~Gewaltkonflikte~~ zu verhindern, ~~und Sie~~ setzt deshalb auf Vorausschau gemäß der VN-Agenda für nachhaltige Entwicklung. **Deutschland sollte bei der diplomatischen Entschärfung von Krisen und in der Förderung von Ansätzen ziviler Konfliktbearbeitung auf globaler Ebene eine treibende Kraft sein.** Wir ergänzen den traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die Bedürfnisse von Menschen in den Fokus. Den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gilt es zu stärken. **An die Auslandsvertretungen in fragilen Staaten wollen wir mehr Diplomaten\*innen entsenden sowie den Auswärtigen Dienst für dessen heutige Aufgaben fit machen. Die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ und die darauf aufbauenden ressortgemeinsamen Strategien wollen wir um einen Aufbauplan mit zivilen Planzielen ergänzen.** Die personellen und finanziellen Mittel für zivile Krisenprävention sollten gezielt erhöht **und durch eine Reform des Zuwendungsrechts** langfristig planbarer werden. ~~Wir wollen eine permanente und schnell einsatzbereite Reserve an EU-Mediator\*innen und Expert\*innen für Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Mediation aufbauen. Die Bereiche Polizei, Justiz und Friedensförderung wollen wir mit 1.000 Fachkräften ausstatten.~~ Wir setzen uns dafür ein, die Deutsche Stiftung Friedensforschung, den neu eingerichteten Fachbereich an der Deutschen Hochschule der Polizei und andere wissenschaftliche Einrichtungen ~~zu stärken und die~~ **sowie das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) und auch die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung zu stärken. Wir wollen mehr ressortgemeinsame Analysen, Krisenfrüherkennung und Projektplanung, eine engere Abstimmung mit internationalen Partnern sowie einen ressortgemeinsamen und angemessen ausgestatteten Fonds „Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung“.** Wir wollen lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen. Dafür muss das beim Institut für Auslandsbeziehungen angesiedelte Förderprogramm ZIVIK aufgestockt und dem Bedarf von NGOs in Krisenregionen besser angepasst werden. **Auch den Zivilen Friedensdienst (ZFD) wollen wir weiterentwickeln und bedarfsgerecht ausbauen. Die Bedeutung von Friedensarbeit muss gesamtgesellschaftlich** ~~noch~~ **deutlich sichtbarer** ~~zu machen~~ werden. **Auch die Erfolge und Chancen der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung wollen wir der Bevölkerung durch Investitionen in mehr und zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit vermitteln. Dazu wollen wir uns u.a. für einen Fonds für unabhängige journalistische Arbeit in Konfliktregionen sowie für einen Begegnungsort in Berlin einsetzen, an dem Friedensarbeit praktisch erfahrbar gemacht wird.** Die finanzielle Förderung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) wollen wir deutlich erhöhen und den kontinuierlichen Ausbau bedarfsgerecht fördern. [...]



## **A18** Friedens- und Konfliktforschung stärken

*Ändern in Zeile 553-556*

~~Wir setzen uns dafür ein, die Deutsche Stiftung Friedensforschung, den neu eingerichteten Fachbereich an der Deutschen Hochschule der Polizei und andere wissenschaftliche Einrichtungen zu stärken und die Bedeutung von Friedensarbeit gesamtgesellschaftlich noch sichtbarer zu machen.~~

**Wir wollen die Friedens- und Konfliktforschung stärken. Das Stiftungskapital der Deutsche Stiftung Friedensforschung wollen wir erhöhen und wissenschaftliche Einrichtungen insbesondere personell stärken. Dazu gehören insbesondere Strategien zur Entfristung. Die Bedeutung von Friedensarbeit wollen wir gesamtgesellschaftlich noch sichtbarer machen.**

## A55NEU Klimaussenpolitik konkretisieren

Von Zeile 99 bis 112:

Wir verfolgen eine ambitionierte, ~~nachhaltige und~~ menschenrechtskonforme **und postkolonial sensible internationale Klimaussenpolitik Klimapolitik**. Sie ist klimapolitisch notwendig, ~~kann~~ muss nachhaltige Entwicklung fördern, Ressourcenkonflikten vorbeugen und Frieden sichern. **Neben der globalen Energiewende müssen auch Wirtschaftsmodelle und -kreisläufe nachhaltig und wettbewerbsfähig gestaltet werden, um eine echte Alternative darzustellen. Klimaussenpolitik Internationale Klimapolitik** kann zu einer Win-win-Situation für Europa, seine Nachbarn und die Länder des globalen Sonnengürtels führen. ~~Sie bedeutet zum einen, dass wir~~ **Wir** Europäer\*innen **wollen** unseren Bedarf an grüner Energie durch Klimapartnerschaften decken helfen: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. ~~Andererseits werden wir so~~ **Länder des globalen Südens haben aber auch selbst wachsende Energiebedarfe, Klima- und Entwicklungsziele sind für sie untrennbar. Wir werden** endlich unserer historischen Verantwortung gerecht, indem wir ~~Elektrifizierung und Technologietransfers insbesondere in afrikanischen Ländern vorantreiben und den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern unterstützen~~ **Ländern des globalen Südens, und darüber hinaus, Klima- und Entwicklungspartnerschaften anbieten, um den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern zu unterstützen, Anpassung an den Klimawandel zu stärken und die nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen. Dafür braucht es eine starke Zusammenarbeit mit ambitionierten europäischen und internationalen Partner\*innen sowie den multilateralen Entwicklungsbanken, um somit Innovation zum Durchbruch zu verhelfen.** Nur so können wir es **als Weltgemeinschaft** schaffen, global auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Wir stärken die bestehenden **internationalen** Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz (~~„Adaptation and Mitigation“~~) und setzen uns dafür ein, dass es auch einen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten (~~„Loss and Damage“~~) gibt. Daraus können zum Beispiel Klimarisikoversicherungen **und Unterstützung für klimabedingte Migration, insbesondere von marginalisierten Gruppen**, finanziert werden. Entwicklungs- und Investitionsbanken wie die Weltbank sollten zu Transformationsbanken umgebaut werden. **Deutschland und die Europäische Union müssen darüber hinaus ihre diplomatischen Fähigkeiten viel stärker auf eine klimagerechte Politik ausrichten. Für mehr Sichtbarkeit und Effektivität muss die nächste Bundesregierung auf Ebene der Staatssekretär\*innen eine Zuständigkeit für internationale Klimapolitik schaffen, eine ressortübergreifende Strategie entwickeln und jährlich im Bundestag darüber berichten.**

## A48 Für eine aktive europäische Nachbarschaftspolitik

Zeile 182-192

[...] Menschenrechte. ~~Wir unterstützen die demokratische Zivilgesellschaft und unabhängige Medien in den östlichen Nachbarländern, wollen mehr Austausch zwischen Ost und West ermöglichen und über die Östliche Partnerschaft der EU Justizreformen vorantreiben. Den~~ EU-assoziierten Ländern der Östlichen Partnerschaft wollen wir den Weg zu einem EU-Beitritt offenhalten. **Sowohl auf dem Westbalkan als auch in den Staaten der Östlichen Partnerschaft fördern wir demokratische und sozial-ökologische Transformationsprozesse, auch durch die stärkere Knüpfung von Geldern an die nachhaltige Umsetzung von Reformen. Wir unterstützen insbesondere die demokratische Zivilgesellschaft, unabhängige Medien, Justizreformen und den Kampf gegen Korruption sowie Jugend- und Kulturaustausch. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Bundesrepublik möchten wir zudem die auch selbstkritische Vergangenheitsbewältigung und die Versöhnung in den Ländern stärken, gerade auch in Bosnien-Herzegowina. Wir setzen uns dafür ein, dass die lange überfällige Visaliberalisierung mit Kosovo endlich in Kraft tritt. Im Süden braucht [...]**

### **A38** Ergänzung des Abschnitts "Neuer Schub für Abrüstung"

*Antrag zur Ergänzung des Abschnitts "Neuer Schub für Abrüstung". Der Antrag wurde in der AG Bundeswehr beraten.*

Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. **Um die wachsenden militärischen Risiken in Europa zu reduzieren, ist eine Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle unabdingbar. Erste Schritte sollen die Wiederaufnahme des Sicherheitsdialogs und militärischer Kontakte zwischen NATO und Russland sowie deeskalierende Maßnahmen in Konfliktzonen sein. Auch über Europa hinaus ist es unser Anspruch, alle Länder einzubeziehen, insbesondere auch die neue Supermacht China. Wir setzen uns für eine Stärkung der globalen Abrüstungs- und Kontrollarchitektur ein und werden Rahmenbedingungen schaffen, dass wissenschaftliche Expertise auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle ausgebaut und der internationale Wissensaustausch gefördert werden.** Unser Anspruch ist noch immer nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt. [...]

## A17 Israel und Palästina

*Globalalternative zum Abschnitt Israel und Palästina. Dieser Antrag beruht auf einer Überarbeitung der Nahost-AG der BAG Frieden und Internationales.*

*Zeilen 266-280 streichen und ersetzen durch:*

**Deutschland hat eine historische Verantwortung gegenüber Israel. Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für all seine Bürger\*innen sind unverhandelbar. Enge deutsch-israelische Beziehungen sowie Frieden, Sicherheit und menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle Menschen im Nahen Osten sind zentrale Anliegen deutscher Außenpolitik. Wir unterstützen eine friedliche Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts, die es sowohl Israelis als auch Palästinenser\*innen ermöglicht, in nationaler Selbstbestimmung, Freiheit, Sicherheit und Demokratie im Rahmen einer Zwei-Staaten-Regelung und auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu leben. Die völkerrechtswidrige Besatzung, die fortschreitende de facto Annexion – unter anderem durch den Siedlungsbau - und die damit einhergehende Verweigerung grundlegender Menschenrechte der Palästinenser\*innen müssen beendet werden. Wir werden uns für einen Demokratisierungsprozess sowie den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in den palästinensischen Gebieten stark machen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Abkommen zwischen Israel und einigen arabischen Staaten für die Wiederbelebung eines multilateralen Friedensprozesses genutzt werden. Im Rahmen der EU wollen wir in Kooperation mit der US-Regierung neue Initiativen zur Regelung des Konflikts entwickeln. Wir unterstützen in Israel und Palästina die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich für Frieden und Verständigung mit den Nachbarn, eine demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in der Region sowie den Respekt für internationales Recht und Menschenrechte einsetzen. Mit positiven und negativen Anreizen wollen wir beide Seiten des Konflikts zur Wiederaufnahme direkter und substantieller Friedensgespräche bewegen.**

## A5NEU OSZE stärken

*Eingefügt wird im Abschnitt „Europarat und OSZE stärken“ Z. 595 im Anschluss an Satz 3 „... ein effektives und starkes System kollektiver Sicherheit in ganz Europa schaffen.“:*

[...] Sicherheit in ganz Europa schaffen. **Dieses System kann heute im Rahmen der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) in inklusiver Weise ausgestaltet werden. Die OSZE verfügt über eine fundierte Erfahrung für friedliche Streitbeilegung im Rahmen von Verhandlungsprozessen. Sie bietet mit ihrer den Atlantik überspannenden Reichweite ein kontinuierliches Forum für Dialog und Kooperation zwischen allen Akteuren, die für die Sicherheit in Europa relevant sind. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben müssen die finanziellen und personellen Mittel der OSZE erhöht werden. Wir werden uns in der OSZE nach dem Ende des Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) und des „Open-Skies“-Abkommens über militärische Beobachtungsflüge zwischen NATO-Ländern und Russland für einen neuen Ansatz zu Vertrauensbildung, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung einsetzen um der aktuellen Gefahr eines nuklearen Wettrüstens zu begegnen und um in Bezug auf konventionelle Waffensysteme Fortschritte bei Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu erzielen. Wir wollen auch erreichen, dass bestehende Konflikte in der Nachbarschaft der Europäischen Union mit zivilen Mitteln bearbeitet werden können, so dass trotz gegensätzlicher Perspektiven und Interessen Lösungen gefunden werden können. Wir unterstützen die Aktivitäten der OSZE im Russland-Ukraine-Konflikt, das Minsker Abkommen umzusetzen. Ausgehend von der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE wollen wir uns für ökologische Initiativen einsetzen, die der Bedrohung durch die Erderhitzung entgegenwirken. Wir wollen beim Kampf gegen die Klimakrise die Gemeinsamkeiten in den 57 Mitgliedstaaten der OSZE betonen. Der Dialog mit der Zivilgesellschaft ist uns wichtig sowie das Empowerment von Mädchen, Frauen und anderen marginalisierten Gruppen, besonders auch die Stärkung von Frauen als handelnde Akteurinnen. Wir werden uns für ein OSZE-Gipfeltreffen 2025 zum 50. Jahrestag dieser Organisation einsetzen – mit dem Ziel ihrer Reform und Stärkung und der Weiterentwicklung der europäischen Friedensordnung und Sicherheitsarchitektur. Es bleibt unser Ziel, ~~die östlichen Nachbarn Europas~~ alle Mitgliedstaaten der OSZE auf der Basis gemeinsamer Werte für eine solche Perspektive zu gewinnen, was gerade angesichts der nationalistischen und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas Sicherheit und die Selbstbestimmung der Nachbarn Russlands untergräbt, nötig ist. **Es ist unser Anspruch, legitime Sorgen und Bedrohungsängste sämtlicher europäischer Staaten zu verstehen und ernst zu nehmen. Wir wollen dieses Verständnis in multilateralen Gesprächen stärken und vertrauensbildende Maßnahmen initiieren. Nur so kann eine Grundlage für die dringend notwendige Abrüstung in Europa geschaffen werden, die im Interesse aller Europäer\*innen liegt.****